

Informationen zur Tagung des Landesvorstandes am 27.09.2014 in Güstrow

Aktuell-politische Fragen/Aus den Gremien

J. Bernhardt berichtet über den Höhepunkt der Kampagne von Landespartei, Landtagsfraktion und Bundestagsabgeordneten „Für Kinder – gegen Armut“ und dankt allen Unterstützer_innen.

Am 19. September wurde die Analyse-Broschüre mit Daten zur Situation der Kinder und Jugendlichen aus den Landkreisen und kreisfreien Städten im Rahmen einer Pressekonferenz dargestellt. Sowohl die Landespartei als auch die Landtagsfraktion waren vertreten. Die mediale Widerspiegelung war positiv. Vor bzw. am Weltkindertag (20. September) fanden an verschiedenen Orten Aktionen (Kinderfeste, Kinderkino) statt, die das offizielle Ende der Kampagne darstellten. Die Kampagne ist im Land auch außerhalb der Partei sehr gut wahrgenommen worden.

Da im Oktober keine Landesvorstandssitzung stattfindet, wird der LV bis zum 14. Oktober den Leitantrag "Wege aus der Kinderarmut" für den Landesparteitag am 6.12.2014 im Umlaufverfahren abstimmen. Somit soll den LAGen, insbesondere den LAGen Bildung, Soziales und Junge Fraktion, vom 14.10.2014 bis zum 03.11.2014 Zeit gegeben werden, den Leitantrag vor endgültiger Beschlussfassung im LV entsprechend zu qualifizieren.

G. Buchholz und J. Bernhardt informieren über Aktuelles aus dem Kreisverband **SWM**. Die Bürgerinitiative ProSchiene Hagenow-Neustrelitz kämpft weiter für den Erhalt der Südbahn. In den Kreistagen LUP und MSE wird momentan der Klageweg diskutiert. Bürgermeisterwahlen finden 2015 im Kreis u.a. in Parchim, Hagenow und Lütz statt. Die Vorsitze der Kreistagsausschüsse für Soziales und Jugendhilfe gingen an DIE LINKE. In der vergangenen Kreistagsitzung enthielt sich die AfD bei der Erklärung der demokratischen Fraktionen zum Umgang mit der NPD.

C. Labouvie und J. Rösler berichten aus dem Kreisverband **PUR**, in dem es eine Klausurtagung zur Wahlauswertung gab. Dabei wurden Schlussfolgerungen zur weiteren Zusammenarbeit mit gewählten Kommunalvertreter_innen, sachkundigen Einwohner_innen als auch nicht gewählten Kandidat_innen getroffen. U.a. kümmern sich zukünftig Mentoren um neue Kommunalvertreter_innen. Die Schlussfolgerungen sollen dem LV zur Verfügung gestellt werden.

D. Kowalick und P. Ritter informieren über den Kreisverband **MSE**. Im Kreistag haben SPD und CDU eine Kooperationsvereinbarung unterschrieben. Dementsprechend schwierig gestaltet sich eine Zusammenarbeit mit den übrigen Fraktionen. Eine Konferenz der Vorsitzenden der LINKEN Stadtfractionen hat stattgefunden und soll als regelmäßiger Termin etabliert werden. Der Termin der Bürgermeisterwahl in Neubrandenburg 2015 steht noch nicht fest. Weitere Bürgermeisterwahlen finden u.a. in Malchin und Malchow statt.

Aus dem Kreisverband **LRO** berichtet P. Hörnig. Hier gab es eine Festlegung zur besseren Vernetzung der Mitglieder von Kreisvorstand, Kreistagsfraktion und der Basisorganisationen nach örtlicher Zuständigkeit. Im Kreistag enthielt sich die AfD zu einem NPD-Antrag.

W. Brüdgam-Pick und W. Weiß informieren über den Kreisverband **VR**. Das Kinderfest in Grimmen zur Kinderarmutskampagne wird als gelungen eingeschätzt. Im Kreistag stellt DIE LINKE keine Ausschussvorsitzenden, der „Schweriner Weg“ konnte bisher nicht auf den Kreistag übertragen werden.

H. Al-Sabty informiert kurz aus dem Kreisverband **HRO**, dass dort erneut das Volkstheater Inhalt aktueller Debatten ist. Eine mögliche „Geheimabsprache“ zwischen Bildungsminister und Oberbürgermeister zur Schließung von Sparten wird durch DIE LINKE entschieden zurückgewiesen.

A. Walther informiert aus dem Kreisverband **SN**. Von Äußerungen Schweriner AfD-Vertreter_innen zu Asylbewerber_innen im Internet hat sich die Mehrheit der Stadtvertretung mit einer Resolution distanziert. Weiter informiert er über die Ergebnisse des eingesetzten Sparkommissars, der in der Stadt Einsparungen und Privatisierungen fordert. Die Oberbürgermeisterin hat Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung gemacht, Privatisierungen aber scharf zurückgewiesen.

B. Griese berichtet aus dem Kreisverband **NWM**, wo bis Ende des Jahres Rainer Raeschke als Geschäftsführer fungiert. Zudem führt eine Verhandlungsgruppe des Kreisverbandes und der Kreistagsfraktion Gespräche mit anderen Parteien/Fraktionen zur im November anstehenden Beigeordnetenwahl. Aus dem Kreistag informiert er, dass die Vorsitze der Ausschüsse Soziales und Jugendhilfe an DIE LINKE gingen sowie über die Themen Nahverkehrskonzept, Landesraumentwicklungsplanung, Schulentwicklungsplanung und Asylbewerber_innenunterbringung. Auch im Kreistag NWM versagte sich die AfD einer Erklärung der demokratischen Fraktionen zum Umgang mit der NPD.

P. Ritter und H. Al-Sabty berichten über die Aktivitäten der **Landtagsfraktion**, welche sich mit der Auswertung der drei stattgefundenen Landtagswahlen 2014 und insbesondere dem großen Zuspruch für die AfD befasste. Er schlägt vor, das Thema Innenpolitik, welches viele Wechselwähler_innen zur AfD trieb, auch im Januar auf der Klausur der LTF zusammen mit LV-Mitgliedern zu thematisieren. Die Landtour der Fraktion durch den Landkreis VG führte die Fraktionsmitglieder zu zahlreichen Einrichtungen, Vereinen und Verbänden. Als Schlussfolgerung wird erneut das Thema Regionalfonds durch die Fraktion thematisiert. Auch bei der anstehenden Änderung der Landesverfassung soll das Thema diskutiert werden. Aus dem Landtag werden u.a. die Debatte um die Änderung des Schulgesetzes, die Olympiabewerbung, die Rücktrittsforderung unserer Fraktion an den Bildungsminister, der Russlandtag, die Situation der Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak, die ignorante Haltung der Landesregierung zum Volksbegehren gegen die Gerichtsstrukturreform benannt. Am 6. Oktober findet ab 16 Uhr in Anklam eine Protestaktion (Trauermarsch) zur Degradierung des Amtsgerichts zur Zweigstelle statt, bei der H. Bluhm und H. Holter noch einmal über 2.000 Unterschriften, welche durch DIE LINKE gesammelt wurden, an den Richterbund übergeben wollen. J. Rösler ergänzt zum Thema Schuldnerberatungsstellen und regt an, das Thema Langzeitarbeitslosigkeit wieder stärker zu thematisieren.

H. Bluhm berichtet aus der **Bundestagsfraktion**. Der Haushaltsplan 2015 war Thema im Bundestag. DIE LINKE legte ihre Alternativvorschläge, inklusive Steuerkonzept zur Finanzierung, vor. SPD-Chef Gabriel ließ einen uneinheitlichen Kurs der Koalitionspartner beim Thema Freihandelsabkommen erkennen. Weiter erklärte sie, dass der Umgang von Polizei und Staatsanwaltschaft mit Steffen Bockhahn beim „Kreide-Protest“ gegen NATO-Kriegsschiffe im Rostocker Hafen inakzeptabel ist. Die Gespräche der Landesvorsitzenden und jeweils eines Stv. mit Vertretern der Kreisvorstände haben bis auf VR und HST stattgefunden. Eine Auswertung der zahlreichen Themen soll folgen. Zur Gerichtsstrukturreform schätzt sie ein, dass ein Volksentscheid im nächsten Jahr immer wahrscheinlicher wird.

H. Scholz spricht über **DIE LINKE im Europäischen Parlament**. Er fordert insgesamt mehr Koordination bei strategischen bzw. außenpolitischen Fragen bei der LINKEN ein. Die Internationale Kommission hat sich konstituiert, ebenso die Delegation selbst. Derzeit finden die Anhörungen der Kommissarskandidaten statt. Sechs Vizepräsidenten (für Fachbereiche) werden Kommissionspräsident Junker zur Seite stehen. Die Zuständigkeiten sind allerdings noch völlig unklar. Bisher scheint Junkers Kurs ein reines „Weiter so“ zu sein. Weitere Themen sind die Beziehungen zu

Russland, die Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Moldawien und Georgien sowie die Positionierung der Rechten im EP zur „neuen“ EU-Außenpolitik. Des Weiteren berichtet er, dass ein Netzwerk Osteuropa in der Fraktion unter Leitung von G. Zimmer etabliert werden soll, da die Linken aus diesem Teil des Kontinents bisher kaum im EP vertreten sind. Auf der Klausur der Delegation wurden u.a. die Themen Widerstand gegen TTIP, CETA und der 2015 zu begehende Jahrestag zur Befreiung vom Faschismus behandelt. Letzteres könnte Thema der Ostsee-Friedenskonferenz 2015, ggf. gemeinsam organisiert von Landesverband und GUE/NGL-Fraktion, werden.

P. Brill kündigt an, dass zukünftig eine Kurzinformation nach der Sitzung des **Landesausschusses** an den LV mit ihm betreffenden Punkten ergeht. Bzgl. des Umgangs mit dem Kreisverband HST erläuterte er, dass der LA dazu keine Beschlüsse gefasst hat und rät auch dem LV, inhaltliche politische Debatten zu führen, statt Fragen der parteilichen Struktur.

Aus dem **Bundesausschuss** geben P. Hörnig und C. Labouvie Informationen u.a. zur Bewertung der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, zur Ausrichtung der AfD, zur Friedensbewegung und zur finanziellen Situation der Gesamtpartei. Dabei ist ein Einnahmerückgang zu verzeichnen. Des Weiteren wird über den Drohnenprotesttag am 4. Oktober und den Zukunftskongress der LINKEN vom 23. – 26. April 2015 informiert. Zudem wurden Eckpunkte der Kampagne „Prekäre Arbeit – Prekäres Leben“ vorgestellt.

G. Pach teilt mit, dass die **LAG Soziales** Kontakt mit dem neu gewählten Mitgliedern der Sozialausschüsse der Kreistage sowie der Bürgerschaft Rostock und der Stadtvertretung Schwerin aufgenommen hat, um eine Zusammenarbeit anzustreben.

Finanzen

G. Buchholz verwies auf den per Mail verschickten Quartalsabschluss des 2. Quartals 2014. Da alle Kommentare und Auswertungen beigefügt waren, wird auf eine mündliche Auswertung verzichtet. Der Quartalsabschluss zum 30.09.2014 wird ebenfalls per mail (etwa am 20.10) verschickt.

Da das Thema Finanzen der Kreisverbände und des Landesverbandes in der anschließenden erweiterten Landesfinanzratssitzung ausführlich diskutiert wird und im Landesvorstand nur eine kurze Verständigung dazu stattfand, wird auf das gesonderte Protokoll der erweiterten Landesfinanzratssitzung verwiesen.

Die Landesschatzmeisterin informiert über die stattgefundene Prüfung der Finanzen des Landesverbandes durch die Bundesfinanzrevisionskommission, welche kaum Beanstandungen hatte. Der Landesvorstand dankt ihr und P. Böttcher für die geleistete Arbeit. Die BFRK hat eine genauere Führung des Fahrtenbuchs und eine klare Definition der Nutzungsbedingungen des Fahrzeugs der LGST gefordert. Der LV beschließt dementsprechende Vorlagen einstimmig.

G. Buchholz informiert, dass es Anfragen vom Studierendenverband SDS auf Finanzierung von Veranstaltungen aus dem Jugendfonds gegeben hat. SDS war in 2014 bisher so aktiv wie nie vorher. Da es in 2014 bisher kaum Abfragen vom Jugendverband solid aus dem Budget gegeben hat bzw. laut solid-Finanzplan vorgesehene Veranstaltungen/Kosten nicht im ursprünglichen Maße stattgefunden haben, erhält SDS aus dem Jugendfond ebenfalls eine Förderung. Bei der Planung 2015 sollte dieser Fakt besser Berücksichtigung finden.

Agrarwirtschaftliche und agrarpolitische Standpunkte für M-V

B. Losand beschreibt noch einmal die Grundzüge des von ihm vorgelegten Diskussionspapiers, zu dem W. Weiß bereits schriftliche Ergänzungen gemacht hat. Diskutiert werden u.a. die Punkte ökologische Landwirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Die LV-Mitglieder verständigen sich dazu, dass die Standpunkte u.a. in der LTF und der LAG Nachhaltige Entwicklung

diskutiert werden sollen. Auch die Frage nach einer Einbindung in unser Zukunftsprogramm MV2020+ wird diskutiert. Auf dem LPT soll nach dem Willen des LV der Diskussionsanstoß gegeben und 2015 eine Veranstaltung zu diesem Thema durchgeführt werden.

Sonstiges

Der LV beschließt den Terminplan für das Jahr 2015 in der vorliegenden Fassung.

Die Kampagne „Prekäre Arbeit – Prekäres Leben“ wurde nur kurz besprochen. Weitere Infos diesbezüglich werden nach Vorliegen eines Kampagneplanes durch die LGST erfolgen.

Der Antrag zur Änderung der Landessatzung zum LPT am 6. Dezember bzgl. Aufstellung von Wahlkreisbewerber_innen sowie von Landeslisten für die Wahlen zum Dt. Bundestag und zum Landtag wird einstimmig befürwortet.

Da zeitgleich zur Landesvorstandssitzung die NPD in Güstrow am Infostand gegen Flüchtlinge hetzt und auch die Diskussion gezeigt hat, welche Position die AfD im Land in dieser Frage einnimmt, verabschiedet der LV folgende Pressemitteilung:

Willkommenskultur für Flüchtlinge statt rechtsextremer Panikmache

Insbesondere vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen aus dem Irak und Syrien aufgrund der Verfolgung durch die Terrorgruppe IS, fordert DIE LINKE auch in Mecklenburg-Vorpommern eine Willkommenskultur, die menschenwürdige Unterbringung sowie den Schutz der Flüchtlinge.

Neben Maßnahmen zur Verstärkung der humanitären Hilfe vor Ort, sind auch die Möglichkeiten der Aufnahme von Verfolgten sowie ihrer Familienangehörigen zu verstärken bzw. zu erleichtern. Das Land muss hierfür das notwendige Einvernehmen mit dem Bund herstellen und in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen Strategien für eine funktionierende Aufnahme, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge weiterentwickeln und umsetzen.

Entschieden weisen wir rechtsextreme Panikmache u.a. in Form von Anträgen in unseren Kreistagen zurück. Nicht nur beim Thema Asyl sollten sich die demokratischen Fraktionen überall im Umgang mit rechtsextremistischen Gedankengut einig sein. Gemeinsame Erklärungen dazu in den Kreistagen sind ein Schritt, aber noch lange keine Strategie. In den Parlamenten reicht es nämlich nicht aus, Anträge von Rechtsaußen einfach abzulehnen, es bedarf auch einer inhaltlichen Auseinandersetzung, warum Anträge der NPD abgelehnt werden. Leider ist dies noch nicht überall im Land Praxis.

Zu überdenken ist auch der Umgang mit Kommunalvertretern der AfD. Im Kreistag Vorpommern-Greifswald stimmten AfD-Vertreter NPD-Anträgen zu, im Kreistag des Landkreises Rostock enthielten sich AfD-Vertreter. Vereinbarungen der demokratischen Fraktionen in den Kreistagen von Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim zum Umgang mit der NPD, wurden von den AfD-Fraktionen nur unter Vorbehalten unterstützt. Kreistagsabgeordnete, die mit AfD-Mitgliedern gemeinsame Fraktionen bilden, müssen sich fragen, ob und wie weit sie die Zusammenarbeit mit der AfD fortführen wollen. Klare Abgrenzung zu Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sind notwendig. Alles andere schadet dem demokratischen Gemeinwesen.

Die Landesvorsitzende wird ein Argumentationspapier zum bisherigen Stand der Sondierungsgespräche von ROT-ROT-GRÜN in Thüringen mit dem Protokoll der LV-Sitzung versenden.